



Deutsch-  
Französisches  
Institut

## **Soziales und solidarisches Wirtschaften in Frankreich – Ein Weg aus der Krise?**

### ***XXXII. Jahrestagung des dfi rückt einen Wirtschaftsbereich in den Vordergrund, der zum Motor einer Neuausrichtung der Arbeitsbeziehungen werden könnte***

Soziales und Solidarisches Wirtschaften (SSW), ein aktuelles Phänomen, das in Frankreich schon 2,4 Millionen oder 10 % der Beschäftigten betrifft, war Gegenstand der XXXII. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) am 2. und 3. Juni 2016 in Ludwigsburg. Rund 60 Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, dazu viele Freunde des dfi waren nach Ludwigsburg gekommen.

Jean-Pierre Azais, Vize-Präsident der Arbeitgeber der Sozial- und Solidarwirtschaft in Paris, sieht im Bereich des SSW eine Form der Modernisierung der sozialen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er will damit das gestörte Zusammenleben der Menschen neu organisieren und hofft darauf, dass die Solidarwirtschaft der Fragmentierung der Gesellschaft entgegenwirkt.

Wenn es richtig ist, so Azais, dass Arbeit der Motor der Wirtschaft ist, könnte eine Neuregelung der inneren Organisation dieser Arbeit Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben. Demokratische Umgangsformen, mit möglichst flacher Hierarchie, Partizipation und eine Beteiligung der Mitarbeiter an den Früchten der Arbeit, könnten das vertrauensvolle Miteinander fördern.

Ein französisches Gesetz aus dem Jahr 2014 regelt die Anerkennung des sozialen und solidarischen Arbeitens und ihrer Akteure. Neben den klassischen Vertretern (Vereinen, Genossenschaften, Kooperationen und Stiftungen) sieht das Gesetz - anders als in Deutschland - auch gewinnorientierte SSW-Unternehmen vor. Voraussetzung dafür ist, dass diese einen sozialen Zweck verfolgen und ihre innere Organisation nach o.g. Kriterien ausrichten.

Andrea Maier, Chefin der Einheit „Unternehmen und Mikrofinanzierung“ bei der Europäischen Kommission in Brüssel, berichtete von 300 Unternehmen in 28 EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. Aus ihrer Sicht entsprechen rund ein Prozent der untersuchten Unternehmen den von der EU erarbeiteten Kriterien (soziale Dimension, nachhaltige, wirtschaftliche Tätigkeit, Verteilung der Früchte der Arbeit unter den Mitarbeitern). Maier will die SSW-Betriebe auf EU-Ebene unterstützen. Dies gelte u.a. für die Finanzierung, die Schaffung von rechtlichen Strukturen, dem Zugang zu öffentlichen Märkten und der verbesserten Sichtbarkeit dieser Betriebe.

Brigitte Veit (veit@dfi.de) 6. Juni 2016



Podiumsdiskussion mit (v.li.n.re.) Andrea Maier, Commission européenne; Nicole Alix, Présidente la coop des communs, Paris; Frank Baasner, dfi; Jean-Pierre Azaïs, Union des Employeurs de l'Economie Sociale et Solidaire.